

DGPPN

Deutsche Gesellschaft für
Psychiatrie und Psychotherapie,
Psychosomatik und
Nervenheilkunde e. V.

Geschäftsstelle
Reinhardtstraße 29
10117 Berlin
T 030.2404 772-0
F 030.2404 772-29
E sekretariat@dgppn.de

dgppn.de

Gedruckt auf nachhaltigem Recyclingpapier



Berliner Erklärung

Klimawandel und
psychische Gesundheit

Jetzt handeln!

Traumatisierungen infolge von Flutkatastrophen, erhöhte Suizidraten aufgrund von Hitzewellen, Klimasorgen und Zukunftsängste: Der Klimawandel gefährdet die psychische Gesundheit. Das Gesundheitssystem ist darauf nicht vorbereitet. Die Psychiatrie fordert die Politik auf, sofort tätig zu werden: Gesundheitsförderung in allen Bereichen zu priorisieren und dabei die seelische Gesundheit konsequent einzubeziehen. Das Gesundheitssystem muss für den steigenden Bedarf gerüstet werden. Gleichzeitig verpflichten sich die in der Psychiatrie Tätigen, ihren Beitrag zur Bewältigung der enormen Herausforderungen zu leisten und die Psychiatrie nachhaltig und klimaneutral zu machen.

Präambel

Der Klimawandel bedroht nicht nur unsere Umwelt, sondern auch ganz unmittelbar die körperliche wie auch die psychische Gesundheit. Naturkatastrophen und klimawandelbedingte Wetterextreme gehen mit einer Zunahme von Depressionen, Angst- und Traumafolgestörungen sowie Suiziden einher. Insbesondere vulnerable Menschen wie Ältere, Kinder und Personen mit psychischen Erkrankungen sind betroffen. Indirekte Folgen des Klimawandels wie Nahrungsmittelknappheit, ökonomische Krisen, gewaltvolle Konflikte und unfreiwillige Migration stellen zusätzlich massive psychische Risiko- und Belastungsfaktoren dar. Klimaangst und Solastalgie, die Trauer um verlorenen Lebensraum, sind neue psychische Syndrome angesichts der existenziellen Bedrohung durch die Klimakrise. Im Kontext der klimawandelbedingten Wetter- und Umweltveränderungen ist mit einem insgesamt erhöhten psychiatrischen Versorgungsbedarf zu rechnen, zudem entstehen neue, spezifische Versorgungsnotwendigkeiten. Die Klimakrise entwickelt sich zu einer ernsthaften Gesundheitskrise, es besteht dringender Handlungsbedarf – auch und gerade im Bereich psychischer Gesundheit.

Politischer Handlungsbedarf

Die Politik steht in der Pflicht, jetzt die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass passende Angebote weiterentwickelt und vorgehalten werden können und somit die psychiatrische Versorgung auch in der Klimakrise gewährleistet werden kann.

Wir rufen die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf:

- Priorisieren Sie **Prävention** psychischer Erkrankungen und **Gesundheitsförderung** in allen Bereichen – auch außerhalb des Gesundheitssektors
- Prüfen Sie Gesetzesvorhaben sowie bestehende Subventionen im Sinne eines „**Mental-Health-in-all-Policies-Ansatzes**“ auf ihre gesundheitliche Wirkung („Gesundheits-Check“) und fördern Sie **Gesundheitskompetenz** auf allen Ebenen
- Entwickeln Sie eine **Strategie für ein klimaneutrales Gesundheits- und Forschungswesen** in Deutschland
- Berücksichtigen Sie bei der Planung zukünftiger psychiatrischer Versorgung **steigende und spezifische Bedarfe** im Kontext von Extremwetterereignissen und klimawandelspezifischen Belastungen

- Führen Sie flächendeckende **Hitze-Aktionspläne** ein, die insbesondere auch Interventionen zum Schutz der psychischen Gesundheit umfassen, berücksichtigen Sie Hitzeereignisse in der Stadtplanung und Krankenhausinfrastruktur und bauen Sie den Zugang zu natürlichen und naturnahen Flächen sozial gerecht aus
- Ergänzen Sie **öffentliche Gesundheitsinformationen** zum Klimawandel wie zum Beispiel das Internetportal www.klima-mensch-gesundheit.de der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) um weitere Informationen zu psychischen Belastungen und Risiken
- Implementieren Sie die neuen **WHO-Richtwerte für Luftschadstoffe** und fördern Sie saubere Alternativen
- Fördern Sie **klimaschützende und gesundheitsförderliche Lebensweisen** im Bereich der Ernährung, Mobilität und gebauten Umwelt und unternehmen Sie mehr **Anstrengungen zum Erhalt der Biodiversität**
- Richten Sie bei allen Maßnahmen ein besonderes Augenmerk auf den Aspekt der Umweltgerechtigkeit und den **Schutz vulnerabler Gruppen**
- **Kommunizieren Sie konstruktiv**, um für die Dringlichkeit des Themas und gleichzeitig für bestehende Handlungsmöglichkeiten zu sensibilisieren

Selbstverpflichtung der Psychiatrie

Die DGPPN als Initiatorin strebt die Klimaneutralität bis 2030 an und hat konkrete klimaschonende und energiesparende Maßnahmen beschlossen.

Wir als in der und für die Psychiatrie Tätige sehen es als unsere Pflicht an, unseren Beitrag zur Bewältigung der enormen Herausforderungen des Klimawandels zu leisten. Wir verpflichten uns dazu,

- **wissenschaftsbasiert** über die komplexen Zusammenhänge zwischen Klimawandel und psychischer Gesundheit **aufzuklären**
- uns im Sinne einer **nachhaltigen Psychiatrie** auf steigenden und veränderten Bedarf einzustellen und Prävention, Empowerment und soziale Integration noch mehr zu fördern
- **Klimaneutralität in Behandlungsablauf und Infrastruktur** anzustreben, CO₂-Ausstoß zu vermeiden und einen bewussten Einsatz von Ressourcen zu pflegen
- den Zusammenhang zwischen Klima und Psyche und entsprechende Handlungsmöglichkeiten in psychiatrische **Aus-/Fort-/Weiterbildungskonzepte** aufzunehmen, in der Behandlung von Patienten und der Gestaltung der Hilfesysteme zu berücksichtigen sowie durch intensive **Forschung** die Folgen des Klimawandels zu untersuchen und Präventions- und Interventionsmaßnahmen zu entwickeln
- die **Handlungsempfehlungen für eine klimaneutrale Psychiatrie** für eine umweltfreundliche Gestaltung von Abläufen, Behandlungsprinzipien und Infrastruktur in psychiatrischen Kliniken und Praxen bestmöglich umzusetzen